



An den Präsidenten
des Europäischen Rates
Charles Michel
Rue de la Loi/Wetstraat 175
B-1048 Bruxelles

Brüssel, den 28.02.2022

Reform der Europäischen Asyl- und Migrationspolitik

Sehr geehrter Herr Michel,

wie wir aus dem Tagesordnungsentwurf des Generalsekretariats der Europäischen Union für die Sitzung des Ministerrates „Justiz und Inneres“ am 03. und 04. März 2022 entnehmen, plant die Ministerrunde eine Diskussion zur Europäischen Asylpolitik. Diese Diskussion fügt sich ein in die auch in Deutschland wahrgenommene Initiative der französischen Regierung unter Präsident Macron, die festgefahrene Asyl- und Migrationspolitik in Europa grundsätzlich zu reformieren. Zudem wissen wir aus Gesprächen, die wir vor kurzen mit dem Kabinett der Kommissarin Johansson geführt haben, allgemein um die Bemühungen der EU. Als Vertreter der deutschen kommunalen Selbstverwaltung, die in Deutschland sehr stark in Asyl- und Migrationsfragen involviert ist, möchten wir daher unsere Zustimmung vor allem zu der französischen Initiative ausdrücken. Wir erachten sie vor dem aktuellen Hintergrund und der zu erwartenden weiteren Zuwanderung von Geflüchteten für zwingend erforderlich.

Insbesondere teilen wir die Auffassung der französischen Regierung, dass nur dann ein Neuanfang erfolgreich sein kann, wenn zwei Grundbedingungen erfüllt sind: Zum einen eine effiziente Stärkung, Verwaltung und Sicherung der europäischen Außengrenzen mit sicheren, humanen und beschleunigten Asylverfahren einschließlich eines Screenings der Migranten an den Außengrenzen der EU, zum anderen die Bereitschaft einer signifikanten Zahl von EU-Mitgliedsländern, die Asylberechtigten nach einem bestimmten Schlüssel aufzunehmen. Dabei folgen wir auch den Vorschlägen der EU-Kommission, dass Länder, die nicht zu einer Aufnahme bereit sind, im Rahmen der Verfahren evtl. Ersatzleistungen anbieten. Es kommt hier allerdings darauf an, dass diese EU-Länder in der Minderheit bleiben und die „Ersatzleistungen“ eine akzeptable Äquivalenz zur Aufnahme darstellen.

Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, wird das Asyl- und Migrationsthema, das seit fast einem Jahrzehnt die innere Struktur der EU belastet, einer akzeptablen Lösung zugeführt.

In diesem Zusammenhang befürworten wir, dass die EU-Kommission auch an Gesetzesvorhaben arbeitet, die ebenfalls zu einem Gesamtpaket gehören (Resettlement, Rückführung, Rückübernahme und Wiedereingliederung von Migranten ohne Asylrecht in ihre Heimatländer, Integrationsmaßnahmen, Förderung legaler Migration usw.). Diese Vorhaben begleiten wir gerade auf deutscher kommunaler Ebene mit großem Interesse und unterstützen sie. Ihre Absichten und Erfolge hängen jedoch sehr stark von den oben erwähnten Grundsatzentscheidungen ab.

Wir möchten Sie daher noch einmal ausdrücklich ermutigen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die Verbände der deutschen kommunalen Selbstverwaltung stehen hier an Ihrer Seite und bieten Ihnen ggf. Expertise und Unterstützung an.

Mit dem Ziel, anhand einer einheitlichen kommunalen Stimme auf EU-Ebene eine europäische Lösung voranzutreiben, hat der europäische Kommunalverband Conseil des Communes et Régions d'Europe (CCRE) am 21.1.2022 eine politische Resolution zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik verabschiedet, die wir als Anlage diesem Schreiben beifügen. Diese europäische Resolution spiegelt die Auffassung der deutschen kommunalen Selbstverwaltung in der Asyl- und Migrationspolitik wider.

Eine Kopie des Briefes wird ebenso an Frau Ylva Johansson (Kommissarin für Inneres) sowie an Herrn Gérald Darmanin (französischer Innenminister) versendet.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Kay Ruge
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Deutscher Landkreistag